





minder arbeitslosen Berufsgegnossen im Ernstfalle nicht allzu leicht ins feindliche Lager übergehen und ihre Dienste dem anbieten, der im Lohnkampfe den Vereinsmitgliedern als Gegner gegenübersteht.

In diesem Erkenntnis liegt die unbedingte Anerkennung der Berechtigung des Streikpostens, denn dieses hat eben die Aufgabe, solchen Zugzug von dem Gebiet des Lohnkampfes möglichst fernzuhalten.

Die Bergarbeiterverhältnisse im mittel-deutschen Braunkohlenrevier vor fünfzig Jahren und heute.

Wohl keine Arbeiterkategorie ist so schwer bedrückt, als der Bergmann, niemand so in der öffentlichen Meinung gesunken, als die Schachtarbeiter. Wie ist das zugegangen? Weshalb wird der heutige Bergarbeiter so schwer bedrückt durch allzu hohe Arbeitsleistung, geringen Lohn und unwürdige Behandlung?

In den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts waren die Grubenbesitzer des mitteldeutschen Braunkohlenreviers in der Regel noch Leute, die aus den Kreisen der praktischen Bergarbeiter selbst hervorgegangen waren.

Der Bergwerksleiter war auf Grund seiner praktischen Kenntnisse in der Lage, die Arbeitsleistung des Einzelnen richtig einzuschätzen. Nun stand zwar der richtigen Bezahlung der Arbeitskräfte sein Kapitalisteninteresse gegenüber.

Die technische Entwicklung brachte in den 80er Jahren auch einen Umschwung in der Betriebsweise der Bergwerke. Waren bisher nur die höher gelegenen Kohlenadern abgebaut, so gestattete die Einführung der Fördermaschine auch den Abbau der tiefer gelegenen.

Die Befragung erfordert nach wie vor viele Mühen und Opfer von den Gewerkschaftskartellen. Dies kommt vor allem zum Ausdruck in der fortgesetzten Zunahme der Gewerkschaftsherberegen. Es wurden gezählt 1912: 349 Gewerkschaftsherberegen in Ostpreußen, 1913: 378, 1914: 36, solche in eigener Regie, 1913: 41.

Die Einrichtung von Bibliotheken und Lesezimmern hat weitere erfreuliche Fortschritte gemacht. Die gemeinsamen Bibliotheken wurden von 581 auf 659, die Lesezimmer von 98 auf 106 vermehrt.

Die von den Kartellen geschaffenen Einrichtungen für die Förderung der Arbeiterklasse werden zum Teil durch die Arbeitersekretariate oder durch angestellte Beamte abgeleitet. Das erklärt die geringe Zunahme der Kommissionen für Beschwerden an Gewerbeinspektionen, von 133 auf 137.

ist die Zahl der Bergwerke, die heute noch einem Privat-eigentümer gehören. Noch einige Jahre und der Kapitalismus im mitteldeutschen Braunkohlenrevier ist auf der Höhe seiner Entwicklung angelangt.

Ob diese Veränderungen der Bergwerksbesitzer, vom Emporkömmling aus der Arbeiterklasse bis zum profigen Aktien-inhaber, ohne Einfluß auf das Arbeitsverhältnis der Berg-arbeiter, die Träger dieser ganzen Entwicklung, geblieben sind, wollen wir in einem weiteren Artikel untersuchen.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1913.

Der Mitgliederzuwachs der deutschen Gewerkschaften macht sich auch in der in Nr. 20 des „Correspondenzblattes“ veröffentlichten Jahresstatistik der Gewerkschaftskartelle bemerkbar. Daß aber diese durch die Krise verursachte rückläufige Bewegung zu Verbesserungen keinen Anlaß gibt, beweist die von den Kartellen im Berichtsjahre ausgeübte rege Tätigkeit und die Erfahrungen früherer Jahre.

Die Zahl der Kartelle hat im Berichtsjahre um 50 zugenommen; sie stieg von 744 auf 800. Davon sind 771 (im Vorjahre 717) an der Statistik beteiligt. 20 von den fehlenden Kartellen hatten 1912: 12 607 Mitglieder. Den 771 berichtenden Kartellen gehörten 6882 Zweigvereine mit 2 311 887 Mitgliedern an.

Erfreuliche Zunahmen an Mitgliedern hatten dagegen u. a. folgende Kartelle: Karlsruhe 1877, Straßburg 1902, Wurg bei Magdeburg 1669, Krefeld 1186, Mügeln bei Dresden 1067 und Reg 1017.

Als nicht angeschlossen wurden in 202 Orten 327 Zweigvereine der Zentralverbände gezählt (1912 in 183 Orten 272). Hierunter sind aber viele mit so geringen Mitgliederzahlen, daß sie als Zweigvereine im eigentlichen Sinne nicht zu betrachten sind.

Die im Jahre 1913 entfaltete Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle erscheint nach der Statistik in einem günstigen Lichte. Es wurden von ihnen 2801 allgemeine und 1126 berufliche Versam-lungen veranstaltet (1912: 2244 und 1044).

Die Befragung erfordert nach wie vor viele Mühen und Opfer von den Gewerkschaftskartellen. Dies kommt vor allem zum Ausdruck in der fortgesetzten Zunahme der Gewerkschaftsherberegen. Es wurden gezählt 1912: 349 Gewerkschaftsherberegen in Ostpreußen, 1913: 378, 1914: 36, solche in eigener Regie, 1913: 41.

Die Einrichtung von Bibliotheken und Lesezimmern hat weitere erfreuliche Fortschritte gemacht. Die gemeinsamen Bibliotheken wurden von 581 auf 659, die Lesezimmer von 98 auf 106 vermehrt.

Die von den Kartellen geschaffenen Einrichtungen für die Förderung der Arbeiterklasse werden zum Teil durch die Arbeitersekretariate oder durch angestellte Beamte abgeleitet. Das erklärt die geringe Zunahme der Kommissionen für Beschwerden an Gewerbeinspektionen, von 133 auf 137.

Die Mitwirkung der Kartelle bei Ausbringung von Mitteln für Streiks und Ausperrungen ist durch die Entwicklung der Verbände zurückgegangen. Sie ist noch mehr eingeschränkt worden durch die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftskongresses.

Eines der wichtigsten Gebiete der Tätigkeit der Kartelle bildet die Gewährung von Rechtsbeihilfe und Rechtschutz. Hierfür wurden von ihnen 112 Arbeitersekretariate (1912: 106) und 232 (1912: 212) Rechtsauskunftsstellen unterhalten.

Die Höhe der Kartellbeiträge ist sehr verschieden. Sie schwankte zwischen 5 Pf. und 6 Pf. Die Kartelle Rohlau und Glade mit den höchsten Beiträgen von 6 M. und 0.10 M. erhoben für Erziehung von Gewerkschaftshäusern allein 5.20 M. jährlich.

Die Einnahmen der Kartelle beliefen sich 1913 auf 2 156 607 Mark; das sind 180 245 M. mehr als 1912. Die Ausgaben be-trugen 2 168 580 M., gegen 1 787 088 M. im Jahre 1912.

Die Kartelle haben im Berichtsjahre 1913 auf 2 156 607 Mark; das sind 180 245 M. mehr als 1912. Die Ausgaben be-trugen 2 168 580 M., gegen 1 787 088 M. im Jahre 1912.

Die Kartelle haben im Berichtsjahre 1913 auf 2 156 607 Mark; das sind 180 245 M. mehr als 1912. Die Ausgaben be-trugen 2 168 580 M., gegen 1 787 088 M. im Jahre 1912.

Die Kartelle haben im Berichtsjahre 1913 auf 2 156 607 Mark; das sind 180 245 M. mehr als 1912. Die Ausgaben be-trugen 2 168 580 M., gegen 1 787 088 M. im Jahre 1912.

Die Kartelle haben im Berichtsjahre 1913 auf 2 156 607 Mark; das sind 180 245 M. mehr als 1912. Die Ausgaben be-trugen 2 168 580 M., gegen 1 787 088 M. im Jahre 1912.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Finanzen des Reichs und der Bundesstaaten.

Die beiden in den Vierteljahrshäften zur Statistik des Deutschen Reichs veröffentlichten Uebersicht über die Finanzen des Reichs und der Bundesstaaten erstreckt sich hinsichtlich der Voranschläge auf das Jahr 1913, hinsichtlich der Rechnungen auf das Jahr 1911.

Table with 4 columns: Category, Total Expenditure, Total Income, Balance. Rows include Reich, Bundesstaaten, Reich und Bundesstaaten.



Betrieben und gegen das sich in den Händen der Firmen oder Bruchmeister und Pölkere befindliche Kantinenwesen.

Der Deutsche Textilarbeiterverband

hielt vom 18. bis 28. Mai seine 12. Generalversammlung in Dresden ab. Der Geschäftsbericht weist einen Zuwachs von 10688 Mitgliedern auf. Erzielt wurden für 12466 Personen 58128 Stunden Arbeitszeitverfügung pro Woche und für 88354 Personen 10491 M. Lohn-erhöhungen. Das Vermögen des Verbandes beträgt 1894048 M.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen

hielt seine 9. Generalversammlung vom 19. bis 21. Mai in Hannover ab. Die Mitgliederzahl stieg seit Ende 1911 auf 24800 mit einem Zuwachs von 9807. Darin sind die Mitglieder des Lager-, Kleriker-, und Buchhalterverbandes enthalten, der sich Anfang 1913 mit dem Verband der Handlungsgehilfen verschmolz.

Der Verbandstag der Holzarbeiter

tagte vom 25. bis 30. Mai in Dresden. Beim Geschäftsbericht gab der Verbandsvorsitzende Leipzig unter anderem auch Aufklärung über den Rückgang der Mitgliederzahl. Dabei ist interessant, daß im Jahre 1913 infolge der Verstärkung des Militarismus 8000 organisierte Holzarbeiter zum Kommissar eingezogen wurden, gegenüber 2000 im Jahre vorher.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer

hielt vom 31. Mai bis 6. Juni in Leipzig seinen 12. Verbandstag ab. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß der Verband auf 28267 Mitglieder gestiegen ist. Außerordentlich waren die Ausgaben für Lohnbewegungen. Nicht weniger als 805275,50 M. kosteten drei Streiks um die Eringung der Nachruhe.

Der Deutsche Transportarbeiterverband

hielt vom 7. bis 13. Juni seinen 9. Verbandstag in Köln ab. Einen breiten Raum nahmen die Grenzstreitigkeiten mit dem Brauereiarbeiterverband ein. Beide Verbände erheben Anspruch auf die Bier- und Brauereiarbeiter. Ein Schiedsgericht hat entschieden, daß die Richter, die das Bier direkt aus der Brauerei verfahren, dem Brauereiarverbande zugehören, während die Richter der Brauereifabrikanten, Mineralwasserfabriken usw. sich im Transportarbeiterverband organisieren müssen.

Der Schuhmacherverband

hielt vom 7. bis 13. Juni in Hamburg seinen Verbandstag ab. In der Schuhindustrie sind ungefähr 11000 Personen beschäftigt (45000 männliche und 35000 weibliche). Das männliche Personal ist verhältnismäßig gut organisiert. Dem Verbande gehören 95221 gleich 77,4 Prozent an, während die Organisation nur 8615 gleich 24,28 Prozent weibliche Mitglieder aufweist.

Der Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiter

tagte vom 15. bis 19. Juni in Hamburg. Die Verbandsbeiträge, die bisher 80 und 50 Pf. betragen, erfahren eine Neuregelung. Sie betragen nunmehr bis zu einem Wochenverdienst bis 18 M. 40 Pf., bis 24 M. 50 Pf., über 24 M. 60 Pf. Außerdem wurde noch eine freiwillige Beitragsklasse von 70 Pf. bei einem Wochenverdienst von 27 M. und darüber geschaffen.

1,75 M. pro Tag. Die Umzugsunterstützung beträgt je nach der Entfernung 15-40 M., bei Gemäßigten bis 50 M. Das Sterbegeld stiftet sich ab von 88-128 M. In einer Resolution brachte der Verbandstag seine Zustimmung zu dem Schiedspruch in den Grenzstreitigkeiten mit den Transportarbeitern zum Ausdruck. Außerdem nahm er ein Referat des Reichstagsabgeordneten Heine über: „Der Kampf um das Koalitionsrecht“ entgegen.

Ein lehrreicher Vergleich.

Eine auch weitere Kreise interessierende Gegenüberstellung der Finanzlage in den freien und den „christlichen“ Gewerkschaften veröffentlicht der „Proletarier“, das Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter. Er stellt zunächst fest, daß die „christlichen“ Gewerkschaften im Jahre 1913 insgesamt nur 2498 088 M. Unterhaltungen an ihre Mitglieder gezahlt haben, während der Fabrikarbeiterverband allein noch etwas mehr, nämlich 2515 012 M. dafür aufwendete, obwohl er nur rund 210 000 Mitglieder hat gegen 340 000 in den „christlichen“ Gewerkschaften.

reduktion), die schottischen Bergarbeiter berechnete, gleich in den Streit zu treten und von der Föderation finanziell unterstützt zu werden. Inwieweit soll unverzüglich eine Abstimmung der Mitglieder der ganzen Föderation vorgenommen werden, die über die gemeinschaftliche Aktion, den Generalstreik, entscheiden soll. Diese Abstimmung dürfte wohl, nach der allgemeinen Stimmung in den Revieren zu urteilen, zugunsten der gemeinschaftlichen Aktion mit den Schotten ausfallen. Wird der Generalstreik notwendig, so soll eine Reichskonferenz einberufen werden, die allgemeine, von allen Revieren erprobene Forderungen zu formulieren hätte.

Am 27. Juli wird es demnach wohl nicht zu der Ausdehnung kommen, die die schottischen Arbeitgeber den Arbeitern androht haben, falls sie sich weigern sollten, an mehr als an vier Tagen in der Woche zu arbeiten. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Gefahr des Kampfes vorüber ist. Den Anstoß zu dem Konflikt gab die angekündigte Lohnreduktion, über die heute in Glasgow im Einigungsamt verhandelt werden soll.

Bergarbeiterbewegung in Schottland.

Hamilton, den 28. Juli 1914.

Nunmehr hat auch die britische Miners-Föderation zur Lohnfrage in Schottland Stellung genommen. Zu Southport tagte am 21. und 22. Juli eine Konferenz, die sich nur mit diesem Thema beschäftigte und beschloß: Die Schotten sind berechtigt, die Arbeit sofort niederzulegen, wenn der 7-Schilling-Minimallohn gebrochen wird. Seitens der Föderation sollen dann die §§ 20 und 21 in Kraft gesetzt werden.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Borgunwesen in amtlicher Beleuchtung.

Die Fabrikinspektoren des Trierer Regierungsbezirks schreiben: „Das Borgunwesen steht in mehreren Orten in voller Blüte und beeinträchtigt die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung höchst ungünstig. Arbeiter, die den Kredit der Bäcker, der Metzger und der Kaufleute in Anspruch nehmen, laufen im allgemeinen zu hohen Preisen. Diesen Arbeitern ist aber mit dem Bezuge von Lebensmitteln im großen Maße geholfen, auch nicht mit Konsumvereinen, da beide Einrichtungen mit Verzinsung arbeiten.“

Wenn der berichtende Gewerberat bemerkt, daß den Arbeitern mit den Konsumvereinen nicht gedient ist, weil diese nur gegen bar verkaufen und die Befreiung des noch durch das Pumpsystem gefesselten Teiles der Arbeiterklasse als eine ungelöste Aufgabe bezeichnet, so fehlt dem Herrn wahrscheinlich im Bezirk Trier die Gelegenheit, die Wirksamkeit der Konsumvereine auf dem Gebiete der Erziehung zur Barzahlung kennen zu lernen, sonst sollte er wissen, daß es jedem Arbeiter, der den Willen hat, sich vom Pumpsystem zu befreien, das mit Hilfe seines Konsumvereins sehr wohl möglich ist. Ein solcher Arbeiter braucht nur am Sonntag dem kreditierenden Kaufmann zu erklären, daß er nicht mehr borgen und mit Hilfe des Konsumvereins seine Schulden bezahlen will.

Internationale Rundschau.

Die Lage in Großbritannien.

London, den 23. Juli 1914.

Die Dinge scheinen jetzt schnell einer Krise entgegenzugehen. Dem Beschluß der schottischen Bergarbeiter, vom 27. Juli ab nur noch an vier Tagen in der Woche zu arbeiten, um so die Produktion einzuschränken und dem Sinken der Löhne Einhalt zu gebieten, folgte vorgestern und gestern die Reichskonferenz der Bergarbeiter zu Southport. Die Konferenz beschäftigte sich sehr eingehend mit der ganzen schottischen Frage. Es war keine leichte Aufgabe, die sie zu lösen hatte. Aller Augen sind auf das kommende Jahr gerichtet, in dem die Verträge fast überall erneuert werden müssen und das Minimallohngesetz abläuft.

Der englische Gewerkschaftsbund.

In den ersten Julitagen fand in Liverpool die Jahreskonferenz des englischen Gewerkschaftsbundes statt, an der rund 120 Delegierte, ferner für den Internationalen Gewerkschaftsbund Raumeyer, Berlin, für die Arbeiterpartei Anderson und für das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses Sedon teilnahmen. Der erste Verhandlungstag war ausschließlich den Ansprüchen der Gäste gewidmet, wobei der Vertreter der Internationale auf besonderen Wunsch längere Ausführungen über eine Reihe gemeinschaftlicher Einrichtungen und Erfahrungen auf dem Kontinente machte.

Dem Jahresbericht des Sekretärs Appleton zufolge sind dem Bund zurzeit 156 Gewerkschaften mit 967 257 Mitgliedern, also etwa ein Drittel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Großbritanniens, angeschlossen. Der Bund stellt in der Hauptsache eine Art Streikrückversicherungsgesellschaft dar, hat aber in den letzten Jahren seine Tätigkeit auf weitere Gebiete ausgedehnt. So hat er auf Grund der staatlichen Arbeiterversicherung eine besondere Versicherungssektion geschaffen, der schon 135 000 Mitglieder angehören.

Der Kampfenbericht zeigt eine merklige Besserung, wenngleich statt des Bestandes von 9,2 Millionen Mark, der 1908 vorhanden war, jetzt nur 400 000 M. in der Kasse sich befinden. In den letzten Jahren nämlich war das Vermögen infolge vieler Streiks fast vollständig aufgebraucht. Der Konsolidierung der Finanzen galt denn auch in der Hauptsache die ganze Tagung. Es wurde von der Leitung vorge-schlagen, den Streikzuschuß in Zukunft erst vom dritten Tage ab und nur auf die Dauer von acht Wochen zu leisten, ferner aber mit aller Energie auf den engeren Zusammenschluß der vielen zerstückelten Gewerkschaften hinzuwirken.

Dieser Konferenz war eine zweitägige Generalversammlung der Versicherungsabteilung des Bundes vorausgegangen. Derselben sind rund 135 000 auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes verbriefte Arbeiter angeschlossen. Sie allein beschäftigt zurzeit ein Personal von 131 Personen. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die jegliche Verwaltung dieser Abteilung, die sich auf die einzelnen Gewerkschaften aufbaut, besser durch eine geographische Einteilung des Mitgliederbestandes ersetzt werden sollte, und in diesem Sinne wurden auch Beschlüsse gefaßt, trotz entschiedener Opposition einer Gruppe von Delegierten, welche dabei blieben, daß ihnen als den Funktionären unter dem neuen System zu wenig Material für ihre Arbeit zugesagt werde. Ueberhaupt war der Materialismus mancher Teilnehmer ein leider sehr hervorsteckendes Merkmal dieser Konferenz. Wer solche Konferenzen öfter mitmacht, der kann nur dringend wünschen, daß auch die englischen Gewerkschaftler recht viel ihre Bruderorganisationen des Auslandes auffuchen und deren Arbeit gründlich kennen lernen. Der insulare Charakter mancher Engländer hat sich ansehnend gar zu sehr auch eines großen Teils der eng-





